

**Motion SVP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion:  
«Keine Aufenthaltsbewilligung ohne Strafregisterauszug**

Der Schutz der öffentlichen Sicherheit gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates. Die immer wieder bekannt werdenden mutmasslichen Verbindungen von in der Schweiz wohnhaften Ausländern zu kriminellen Organisationen zeigen, dass bestehende Instrumente nicht immer ausreichen, um sicherheitsrelevante Risiken frühzeitig zu erkennen. Ein besonders aufsehenerregender Fall betraf vor kurzem einen italienischen Staatsangehörigen, dessen Aufenthaltsgesuch im Kanton Tessin aufgrund von Vorstrafen abgelehnt wurde. Der Kanton Graubünden erteilte ihm eine Aufenthaltsbewilligung, bevor er später im Rahmen einer internationalen Polizeioperation verhaftet wurde, da er unter Mafia-Verdacht steht.

Der Kanton Tessin verlangt seit dem Jahr 2015 von EU- und EFTA-Bürgern bei Gesuchen um Aufenthalts- oder Grenzgängerbewilligungen systematisch einen Strafregisterauszug. Die Tessiner Regierung betrachtet diese Massnahme als bewährt und hält ausdrücklich fest, sie wäre noch wirksamer, wenn sie von allen Kantonen übernommen würde.

Gemäss heutiger Praxis erhalten kantonale Behörden bei Gesuchen ausländischer Staatsangehöriger vielfach keine Kenntnis von relevanten Vorstrafen. Dies erschwert eine frühzeitige Beurteilung möglicher Risiken für die öffentliche Sicherheit.

Angesichts der zunehmenden Herausforderungen durch organisierte Kriminalität und grenzüberschreitende Delinquenz ist es angezeigt, die Sicherheitsprüfung bei Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligungen zu verstärken. Der Kanton St.Gallen soll sich dabei am Vorgehen des Kantons Tessin orientieren und die öffentliche Sicherheit höher gewichten.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen vorzulegen, damit bei Gesuchen um Aufenthalts- oder Grenzgängerbewilligungen von Staatsangehörigen der EU und der EFTA die Vorlage eines Strafregisterauszugs verlangt werden kann. Zudem sind die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit bei Gesuchen von Drittstaatsangehörigen Strafregisterauszüge systematisch und verbindlich eingefordert werden.»

10. Juni 2026

SVP-Fraktion  
Die Mitte-EVP-Fraktion